

Das Flasko der Hoover'schen Prosperitäts-Konferenz

Wenn man sich heute die katastrophale Lage ansieht in der sich alle kapitalistischen Länder, auch das Land der „Prosperity“, die Vereinigten Staaten, befinden, kann man feststellen, daß sich die Weltwirtschaftskrise in allen Ländern weiter verschärft hat und alle Worte von einer „Wirtschaftsbelebung“ eitel Schwindel sind. Schon im Februar 1930 prophezeite Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten in einer ihm eigentümlichen, selbstischen Weise, daß die Krise in 60 Tagen ihr Ende nehmen werde. Doch die praktischen Erfahrungen Hoovers mit seiner Prophezeiung machte, genierten noch nicht. Herr Kellor ließ es sich selbst im April 1932 noch nicht nehmen, zu erklären, daß seiner Ansicht nach die lange Periode der Weltdepression beendet sei. Die Sprache der Tatsachen ist allerdings eine andere, wenn man bedenkt, daß die industrielle Produktion in den wichtigsten kapitalistischen Ländern seit dem Jahre 1928 bis heute um 50 Prozent zurückgegangen ist und man heute eine weitergehende altseltige Verschärfung der Krise konstatieren muß, wobei selbst die bürgerlichen Ökonomen pessimistisch zu werden. Die „Neue Zürcher Zeitung“ konstatiert gegenüber der Welle des Optimismus insbesondere in Nordamerika, eine Verschlechterung der Produktion und gebraucht das Wort von einem „Vanquish-Spiel“, dem die Regierung mit dem größten Einsatz von Prestige und Macht verfallen ist.

Trotzdem trat auf Hoovers Initiative eine Konferenz von mehr als 300 Delegierten der amerikanischen Industrie und Finanzwelt in den letzten Tagen des Monats August in Washington zusammen. Hoover sagte wörtlich: „Diese Konferenz wurde einberufen, da wir davon überzeugt sind, daß wir den Höhepunkt der Finanzkrise, einer Krise, die in der Geschichte der Welt ihresgleichen nicht hat, überschritten haben. Zweck der Konferenz ist die private Initiative besser zu organisieren und mit den Maßnahmen der Regierung so zu koordinieren, daß der Fortschritt der Wirtschaft in Landwirtschaft, Industrie und Handel gefördert werde.“ Man wählte als einen zentralen Kernausschuss für die Analyse der Lage der Depression. Dieser zentralen Ausschuss hat die Aufgabe, die sich auf sechs Gebiete erstreckende Kampagne zur Ausdehnung der Kredite und zur Steigerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter durchzuführen. Dieser Ausschuss besteht aus den führenden Persönlichkeiten der Industrie und des Bankwesens und wird geleitet von den Bankiers an der Los Angeles, einem guten Freunde Hoovers. Die Konferenz ernannte sechs Unterkommissionen, Young hat sich mit dem Problem der Nützlichmachung der Kredite zu befassen, Daniel Willard, der Präsident der Eisenbahn und Houston, der Präsident der Baldwin-Lokomotiv-Werke sollen versuchen, die Zahl der beschäftigten Eisenbahner zu erhöhen und das Eisenbahnwesen durch Beschaffung neuer Aufträge zu entwickeln, Walter C. Teague, der Präsident der Oil Co. von New-Jersey soll durch die Verbreiterung des sogenannten Stagger-Systems die Zahl der beschäftigten Arbeiter erhöhen. Die Hauptaufgabe der zentralen Kommission soll sein, daß sie die ersten Schritte zur Herstellung des Kontaktes zwischen den verschiedenen Unterstützungsorganen, den öffentlichen und privaten, anstrebe und zur Koordinierung der öffentlichen und der Anstrengungen derselben beitrage. Das „Journal of Commerce“ veröffentlichte sich in einem rechtstheoretischen Artikel mit der Stellungnahme Hoovers und sagte, daß Hoover erst mit Nachdruck die privaten Firmen zur aktiven Zusammenarbeit mit den Unterstützungsorganen der Regierung aufzufordern, dann wiederum vorsichtig festgestellt habe, daß es nicht zum Arbeitszettel der Regierung gehöre, Pläne zur Überwindung der Erwerbslosigkeit durch systematische Verzerrung des Arbeitszettes auszuarbeiten. „Mit einem Wort“ sagt die Zeitung, festzustellen, ob der Präsident nur in Variationen wiederholt, was er früher gesagt hatte, daß nämlich der Tiefpunkt der Krise überwunden sei oder ob er ein positiv wirkendes Aktionsprogramm meint, das über die frühere hinausreicht. Die Stellungnahme Hoovers und seiner Bankleute, die sie im Jahre 1930 und 1931 ertönen ließen, um eine Wiederkehr der Prosperität in USA vorzubereiten, ist zur Zeit der Krise zu verstehen.

Die augenblickliche Lage hat ihre politische Bedeutung im Zusammenhang mit den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. In den letzten Wochen zeigte der Effektenmarkt einen Aufschwung infolge der Spekulation der Wallstreet und der europäischen Finanzgewaltigen. Die kapitalistische Presse begann mit einer

allgemeinen Kampagne, in der alle Neuigkeiten, die auf eine wirtschaftliche Erholung hindeuten, ergräbt aufgeschauelt wurden. In mehreren Kreisen, die sich der Verwirklichung des irgendwelchen Zieles, der dann als Ziel der allgemeinen Behebung im ganzen Lande hingestellt wird. Der einzige Faktor, den man als „Wirtschaftsbelebung“ annehmen könnte, ist die Hausse der Rohstoffe. Diese Preissteigerung hat aber ihre ausgesprochene Ursache darin, daß die Hoover-Regierung auf dem Wege über die Banken dem Großhandel Milliarden zur Verfügung gestellt hat, um die aufgetriebenen Lager zu sperren und ihre Verschwendung zu verhindern. Mit diesen Ausnahmen: Kupfer, Blei und Kautschuk steigen, weil die Rüstungsindustrie sich ungeheure Vorräte von diesen Rohstoffen zulegt. Auf Grund all dieser Tendenzen berichtete das amerikanische Arbeitsministerium, daß der Monat August zu Hoffnungen berechtigete. Diese Behauptung beruht eben auf Annahmen und Hoffnungen, was der Einstellung der Hoover-Regierung zu den wirtschaftlichen Tatsachen seit der Krise entspricht.

Wie sieht nun aber die Wirklichkeit in der USA aus? Nach den Angaben des Statistischen Arbeitsamtes in Washington, ist die Erwerbslosigkeit in ganz USA im August um 3,4 Prozent gegenüber Juli gestiegen. In derselben Periode zeigte der Staat New York, einer der führenden Industriestaaten in USA, dessen Lage gewöhnlich der Lage im ganzen entspricht, eine Abnahme der Beschäftigten um 5,3 Prozent, wobei im Juli der tiefste Stand seit der Periode der Krise erreicht wurde. Der Stand der elektrischen Kraftzeugwerke zeigt neue Rekordverhältnisse (13 Prozent über Vorjahr), die Stahlzeugung arbeitet mit kaum 14 Prozent ihrer Kapazität. Die Automobilproduktion betrug im Juli nur noch die Hälfte der vorjährigen. Der Güterverkehr der Eisenbahnen zeigt im Zeichen völliger Stagnation. Der Baumwollkonsum ist weiter gesunken, der Außenhandel schrumpft immer weiter zusammen. Die Untersuchungskommission der technischen Hochschule von Columbia berichtet, daß die Stahl-, Automobil-, Metallindustrie, die Berg- und Kraftwerke sowie die Leichtindustrie im August 100.000 Arbeiter entlassen haben. In Detroit (Ford) sei die Beschäftigung die niedrigste seit der Zeit, wo die Automobilindustrie die größte geworden ist.

Trotzdem veröffentlicht die kapitalistische Presse Nachrichten über „Antrieb in der Industrie im ganzen Lande“ und Hoover sieht den Höhepunkt der Krise als überschritten. Die Finanzblätter bringen über Nachrichten, die die „Herold Tribune“ vom 28. August schreibt, daß die Republic Steel Corporation 5 Hochöfen ausgebaut hat, daß die Stahlindustrie die Produktion um 10 Prozent steigern soll, und daß im Distrikt Youngstown von insgesamt 83 Betrieben nur 10 arbeiten. Im „Annalist“ heißt es: Die Stahlindustrie hat keine Bestellungen weder für sofort noch später. Ein weiteres Produktionsprogramm im Juli 1932 nur 12 Proz. der Produktion von 1929.

Was hat eigentlich nun die Hoover-Konferenz für einen Sinn gehabt? Für Hoover selbst ist sie ein politisches Manöver, das seine Chancen für die Wiederwahl steigern soll. Vor allem sollen aber durch diese Methode die wachsende Not und das Elend der Arbeiterklasse in der USA verhüllt werden, das in diesem Winter eine die dagewesene Höhe erreichen wird. Dies wiederum will man sich auch von einer Erwerbslosen-Unterstützung drücken, indem man den Arbeitern die nahehe Prospectivität verspricht. Hoover sagt: „Ich wünsche, daß die Bankwelt, die Industrie und der Handel im allgemeinen weitere Initiativen und Verantwortlichkeiten zeigen.“ Die Versprechungen dienen stets dazu, immer neue Lockungen durchzusetzen. Wir kennen sehr wohl „diese Initiative und Verantwortlichkeit“. Fred hat selbst erklärt, daß „er sein Glück einsetzen würde“, um die Wirtschaft zu retten. Die Hoover-Regierung hat auch die ganze „Prosperitäts-Konferenz“ eine Wendung genommen. Spekulation konnte nicht bis zu den Wahlen durchhalten. Ein Jahr Kursturz setzte in den letzten Tagen auf der Börse ein, der die Spekulationen für ein Jahr zurückwarf. Eine pessimistische Stimmung hat allmählich unter dem Prosperitätsgeschrei der Kapitalisten Platz gewonnen. Zweifellos wird dieses amerikanische Manöver noch seine internationalen Auswirkungen haben.

Anarchismus, die Nachgeburt des Liberalismus

Viele Arbeiter, die vom Anarchismus wenig wissen, betrachten ihn als eine Bewegung, die der kommunistischen verwandt ist oder gar am Ende steht, die links von ihr steht usw.; es ist daher notwendig, diese falschen Auffassungen zu klären.

Die klassischen Werke des Anarchismus sind vor hundert Jahren entstanden, in ihnen drückt sich der Haß des austretenden, am liberalen Staat, die Unfreiheit, die Unterdrückung gegen den starken, die Freiheit unterdrückenden, auf Autorität, Gewalt und Religion gestützten Feudalstaat aus. Während der Liberalismus die große geistige Schöpfung der bürgerlichen Bourgeoisie, den Staat mit der feudalen Giftzahn ausreißt und ihn zu der Rolle eines „Nachtwächters“ degradiert, der nichts weiter zu tun hat, als die Pfeifensacke zu beschützen; während der Liberalismus die Autorität und Moral humanisieren, die Religion rationalisieren, auf ihren „vernünftigen“, (d. h. für das Bürgertum brauchbaren) Moralgehalt reduzieren wollte — tritt beim Anarchismus ein krisenhaftes Moment hinzu, das Geschäft floriert schon weniger, man verliert den Kopf und schlägt auf den Tisch; Der Staat muß ganz weg, gar keine Gesellschaft darf es geben, gar keine Autorität und Herrschaft, gar keine Gebundenheit des Einzelnen, ich bin ich und die andern können nicht. Das ist der Standpunkt, den Max Stirner in seinem Werk „Der Einzige und sein Eigentum“ entwickelt hat, der krassste bürgerliche Egoismus, der ordnungsgewordene Liberalismus. Aus allen Poren blut- und schmutztriefend, erbt die Bürgerschaft die Diktatur der Geschichte, sein Geschrei nach „Freiheit“ bedeutet nichts anderes als: Nieder mit allen Schranken des Herrkommens, der Moral, der Sitte und des Rechts, frei handeln und ausbeuten wollen bis zur letzten Konsequenz, nicht mehr mit der adelichen Unterdrückung, es liebe die bürgerliche! Die Theorie der gewalttätigen Niederlegung aller feudalen Autoritätsschranken, die Theorie der bürgerlichen Revolution, das ist der Anarchismus.

Die alten Anarchisten, die mit Bomben und Dolchen die gekrönten Häupter aus dem Weg räumten, hatten wenigstens noch Mark in den Knochen, wenigstens die Thron für die breiten Hintern der Bourgeoisie frei machen, wie sehr das auch ihre Idee die Gewalt abtöten und nur mit Erkenntnis, Beherrschung, Robust, Samenreife abtöten usw. arbeiten, herabgekommene sind am geistigen Hunger nach, beweist neuerdings eine Broschüre „Gedanken über Anarchie“ von Ch. Waldacke. So etwas wie ein Programm hat der Anarchismus nicht, denn sein Grundgedanke ist, daß jeder Mensch ein Narr auf eigene Hand sein soll, aber die Grundgedanken und Prinzipien der Herrschaftslosigkeit bringt Waldacke sehr gut zum Ausdruck und wir wollen darum die Broschüre aufmerksam durchlesen.

Anarchie ist absolute Gewaltlosigkeit, sie kann nicht mit Gewalt eingeführt und niemandem aufgedrängt werden. Erst wenn alle Leute begriffen haben, die Sache, die sie will, welche kein ich jemand hindern, mich zu beherrschen, aber so

lange ich ihn dazu zwingen muß, ist doch nicht Anarchie“. Von da ist nur mehr ein Schritt zu dem christlichen: Widersteht nicht dem Bösen und halte die Backen hin. Man kann aber schon auf der Erde weltliche Revolutionen durchführen, die nicht notwendig, wo es Anarchisten gibt, können sie gleich mit der Anarchie anfangen. „Hier also und jetzt heißt es zu beginnen.“ Und was geschieht mit der Produktion und Wirtschaft? Nichts da herrscht die Anarchie, die Anarchie, der Kommunismus, „Manche haben noch nicht erkannt, daß die meisten anarchistischen Parteien, ganz gleich, ob sie angeblich rechts oder links stehen, die vom Anarchisten am stärksten zu bekämpfenden sind, z. B. Nationalsozialisten in d. marxistische Kommunisten.“ Die Staatspartei ist dem Anarchisten wahrscheinlich noch am sympathischsten. Den Kommunismus bekämpfen, das heißt natürlich nicht, sich eine Autorität anmaßen! „Wer vor der Räteidee kapitalisiert, ist überhaupt kein Anarchist.“ Und trocken sagt es der Anarchistenführer heraus: „Der Anarchismus trägt auch nicht klassenkämpferischen Charakter im marxistischen Sinn.“ Der Verfasser ist historisch und politisch so abnormales und andererseits im Anarchismus so gut beschlagen, daß er nicht verfehlen kann, den bürgerlichen Charakter dieser fossilen „Bewegung“ selbst klarzulegen und zu zeigen, daß sie mit der proletarischen Bewegung unserer Zeit überhaupt nichts zu tun hat. Er sagt selbst: „Der ältere Liberalismus eines Jefferson, Paine, Diderot usw., die den Staat als ein Uebel ansehen — leider ein notwendiges — das aber als ein Uebel angesehen werden müßte, ist nicht der Liberalismus, sondern der Gedanke des Anarchismus, aber als Demokratie, Sozialismus, Arbeiter- und Klassenkämpfer für Diktatur.“ Die proletarische Diktatur ist ihm wenigstens noch widerlicher als der bürgerliche Klassenstaat. Was also nun eigentlich Anarchismus ist, ist schwer zu sagen; das ist niemandem eine bestimmte Meinung aufgedrängt worden, darf, ist es eigentlich am besten, überhaupt den Mund zu halten. Wenn jemand sagt: Anarchismus ist ein Kabalet, das im richtigen Anarchist auch nicht in der Meinungsfreiheit. Natürlich würde jede — selbst, wäre es möglich, die objektiv richtige — Lösung der Gesellschaftsfrage, ohne Zustimmung jedes einzelnen Gesellschaftsmitgliedes, eine völlig unanarchistische Handlung sein. Da heißt es also im Kapitalismus verharren, solange nicht jeder einzelne Kapitalist sich für die kommunistische Gesellschaft erklärt! Und so etwas will links vom Kommunismus“ stehen! In der Demokratie herrschen 51 Proz. in der Anarchie braucht man 100 Proz., sie ist also noch um 49 Proz. blödsinniger. — An eine Weltwirtschaft denkt Herr Waldacke natürlich nicht, das wäre eine zu große Organisation, man müßte die Sache kleinwiesig machen, ein billiges Individualismus, ein Stückchen Kommunismus und dann die Erfahrungen abwarten und verwerten. „Ich wünsche, bin von mehr individualistischen Gedankengängen im Sinne Schöners, etwa auch noch von St. P. Andrews und G. Lan-

daer, stärker beeindruckt, glaube aber durchaus an die Möglichkeit eines die Freiheit nicht beeinträchtigenden Kommunismus im engeren Kreise auf der Grundlage menschlich naher Beziehungen und habe ihm selbst schon gelebt.“ Jetzt endlich wissen wir, wo die kleine Moritz sich den Kommunismus vorstellt! Ein paar Familien in angrenzenden Schrebergärten „Joben“! Kommunismus, ein paar andere wieder Kapitalismus und das Ganze ist Anarchie! Zerschlagen wir gleich die Welt in lauter Robinsonnischen, alsdann kann jeder an der Ufer sitzen; in der linken Hand den Fisch Max Stirner, in der rechten eine Anekdote um sich einen Fisch zu fangen, und der Marxismus ist endgültig getötet!

Der Anarchismus ist eine stehende „Bewegung“, er ist tot seit der bürgerlichen Revolution und daher auch hinsichtlich der Individuen, er leidet sein hundertjähriges Sprüchlein von der individuellen Freiheit herunter, wo er nicht „Freiheit“, sondern Organisation, nicht Losgebundenheit und Einzelgärtigkeit, sondern tiefstes Verschmelzen, Unterordnung und Zusammenfassung aller Kräfte zur sozialistischen Planwirtschaft brauchen; An die Stelle des „Einzigen“ tritt die Gesellschaft, an die Stelle des Ich das Wir, nicht „Freiheit“ wollen wir, sie besteht ohnehin im kapitalistischen Staat, jeder kann tun und lassen was er will, hingehen wo er will, dafür aber auch vorrecken wie und wo er will — nicht individuelle „Freiheit“ ist unsere Parole; sondern die gesellschaftliche Geschlossenheit!

Proletarisches Notizbuch

Berlin Die EZ am Mittwoch meldet: „Bei dem Essen, das vom Reichswehrministerium für die fremdländischen Militärattachés und Manövergäste belandeter Armeen gegeben wurde, hielt der ungarische General Stojakowicz eine schwungvolle Rede, die in dem Wunsch nach alsbaldiger Gleichberechtigung Deutschlands auf militärischem Gebiet ausklang und in die alle Anwesenden — Italiener, Russen, Schweizer, Schweden, Amerikaner, Engländer, Irenen und Tschechen war vertreten in aufrichtiger Begeisterung einstimmten. Den Antwortrost verlas General von Hammerstein.“

„Sage mir mit wem du umgehst, so werde ich dir sagen wer der Feind ist!“ Bukarest Die rumänische Regierung hat auf Drängen Frankreichs beschlossen, einen Nichtangriffspakt mit Rußland abzuschließen. In der belarussischen Frage wurde eine Formel gefunden, die sowohl Rumänien als auch Rußland befriedigt. — Ein weiterer „Transmissionsriemen“, der dazu dient, zwei Systeme und zwei Welten“ zu verbinden.

Moskau Am Sonnabend, den 24. September ist das russisch-japanische Petroleumabkommen unterzeichnet worden. Das russische Petroleumsyndikat verpflichtet sich, jährlich 60.000 Tonnen Erdöl für die japanische Kriessifflotte zu liefern. Das Abkommen tritt sofort in Kraft. Der Vorsitzende des russischen Petroleumsyndikats begrüßte die Unterzeichnung als einen wichtigen Moment in der russischen Außenpolitik. — Das ist eine würdige finale zum „Antikriegs-Theater in Amsterdam, Essen

In dem Taristreit im Ruhrbergbau fällt der Schlichter einen Schiedsspruch, durch den die Lohnordnung um vier Monate verlängert wird. Der Schlichter gab der Hoffnung Ausdruck, daß dem Reichsarbeitsministerium eine Verbindlichkeitserklärung erpart bliebe, daß es vielmehr zu einer Einigung zwischen den Parteien käme. Die Gewerkschaften haben den Schiedsspruch angenommen. Denn es ist zweifelhaft, ob die Arbeitsgerichte den Streik sanktioniert hätten.

Paris Der Komponist der „Internationale“, die Geysler, ist gestorben. Politisch gehörte er seit 1921 der Kommunistischen Partei Frankreichs an.

- ### Büchle Broschüren
- Die Diktatur des Proletariats — 15
 - Zur Agrarpolitik der Bolschewiki — 15
 - Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? — 15
 - Der Charakter der russischen Revolution — 15
 - Marx-Engels, Das kommunistische Manifest — 10
 - Nieder mit dem bürgerlichen Parlament! — 10
 - Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union? — 10

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

Organisatorische Mitteilungen

- ### Groß-Berlin
- #### Versammlungskalender
- 2. Bezirk, Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaustraße 24.
 - 6. Bezirk, Alle 14 Tage (Freitag) 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gierschenerstraße 38.
 - 14. Bezirk, Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Spoelsbecher, Herfurstraße, Ecke Schillerpromenade.
 - 17. Bezirk, Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitz, Gintzeistr. 38.
- Nowawes, Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Karl Grünstr. 62, die Funktionärsversammlungen der Partei- und Union statt.
- Ortsgruppe Bonn, Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderer, Dotschstr. 5.
- Symmetrische und KAZ-Leser haben Zutritt. Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.
- Weißensee, Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, bei A. Mehrheim, Alte Leipziger Str. 15; Diskussionsabend.

Eingänge für den Brieffonds

- GHA 30.95 RM.
- RAA 76.30 RM.
- Gu. B., Wessergstraße 2. — RM.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: E. Hackbart, Berlin-Lichtenberg, 15; Druck: Druckerei für Arbeiterliteratur Willy Isidorow, Berlin O 17, Lange Str. 79.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13. Telefon: Oberbaum P 8 783.

Berlin, November 1932

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42 Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13

Bei Bezug unter Streifband für In- und Ausland 20 Pf. inkl. Porto, Erscheint vorläufig monatlich. Inserate werden nicht aufgenommen.

Seine Majestät: Der Wahlzettel Die göttlichen Gesetze der Papenregierung

Der kann es sogar zuwege bringen, daß wir nach dem 6. November keine Papenregierung mehr haben! Schon in den letzten Tagen ging ein Flüstern durch den deutschen Blätterwald, daß die „Basis“ der Regierung immer enger wird. Die Profiteure, die an der Anshuhr verdienen wollen, können sich mit den Agrariern schwer einig, die durch die Autarkiepolitik alle handelspolitischen Möglichkeiten abdröseln möchten, um für ihre Produktion das ausschließliche Monopol zu errichten. Und wenn wir nun bei der Wahl scharf rangehen, purzelt die Papenregierung und dann ist der Weg frei, zurück zu Weimar, zum Recht“, freit nach dem „Vorwärts“. Also wählen, wer nicht wählt, hilft der „Konterrevolution“!

Man darf sich über Leute, die wochenlang vor dem Staatsgerichtshof nachgewiesen haben, daß sie sich in bezug auf Umlegen von Proleten von niemandem über treffen lassen, nicht wundern, wenn sie im gleichen Atemzuge gegen die „Konterrevolution“ sind. Der brave Bürger hat eben neben seiner praktischen Tätigkeit auch seine Ideale. Der Kapitalist, der Proleten ausbeutet bis aufs Blut, der Bravo schreit, wenn sich Rebellen, von der Polizeiugel getroffen, an ihrem Blute wälzen. „Best auch gelegentlich ein „zutes“ Buch, sieht sich „Die Rührer“ von seinem Schiller an und ist vielleicht auch eifriges Mitglied eines Tierschutzvereins. Der idealisierte Lamp ist nun einmal die kapitalistische Gesellschaft in Person.

Die Angestellten der Wahlvereine handeln ganz konsequent, wenn sie das Blau vom Himmel hermiterlegen. Das ist bei der Wahl. Floriert das Geschäft nicht, können sie stempeln gehen. Um „ins Geschäft zu kommen“, ist Reklame nötig und Reklame ist keine moralische Angelegenheit. Der Zweck heiligt jedes Mittel. Wenn Margarinefabrikanten behaupten, von ihrer elender Schimmere bekämen Proleten Kinder rote Backen, warum soll da die SPD nicht sagen dürfen, sie führt die Arbeiterklasse herrlichen Zeiten entgegen? Solange die Proleten den Druck den ihnen die SPD versetzt, trotz aller Erfahrungen schlucken, werden die Berufs-konterrevolutionäre ihr drecksichtiges Handwerk genau so fortsetzen wie jemand, der mit hölzernen Herrgotts handelt; obgleich er über seine Kunden innerlich lacht. Geschäft ist Geschäft.

Die parlamentarischen Arbeiterparteien sind die einzigen Betriebe, die trotz der Krise noch voll beschäftigt sind, und daß die SPD die Wahlparole ausgeben kann: zurück zu Weimar! beweist, daß die Leute recht hoffnungslos in die Zukunft sehen. Sie glauben, die Dummheit der Massen ist ein Rohstoff, der nie zu erschöpfen ist. Ihr Dreh, den sie vorhaben, ist so plump, daß man schwer dagegen polemisieren kann.

Frägt man nämlich, ob die Regierung die „Verfassung“ gebrochen hat, dann erfährt man, daß sie noch nicht „ganz“ gebrochen ist. Alles, was die Papenregierung durch Notverordnungen zum „Gesetz“ erhob, hat die SPD im Prinzip schon als vorgemacht. Die großen Brocken, die nun den Proleten verfassungsmäßig verabreicht worden sind, können leicht auf Widerstand stoßen. Deshalb gibt die SPD in „Opposition“, einmal, um eingeständenermaßen besser in Demagogie machen zu können, damit sie wieder „Fleisch aussetzen“ kann, zum anderen, um sich gegen die Konkurrenz vor Hülfernägen zu wehren und drittens, um die Durchführung der Papenkartelle überhaupt zu ermöglichen. Die SPD und Gewerkschaftsbünde kennen nur eine Aufgabe, sich und ihren Beruf vor der Revolution zu retten. Wenn nun die Papenregierung solange im Amt bleiben kann als es nötig ist, die Zuchtanordnung zur Niederhaltung des Proletariats gesetzlich zu legalisieren, dann hat die Papenregierung ihren Zweck erfüllt. Die „Verfassung“ ist nicht „ganz“ gebrochen, wir stehen also immer noch auf „dem Boden von Weimar“, und die SPD darf wieder ein biblischen mitregieren, dann ist auch zu gleicher Zeit ein „Erfolg“ zu verzeichnen, eine „siegreiche Schlacht“!

geschlagen. Da aber die Verfassung nicht gebrochen ist, alle Notverordnungen verfassungsmäßig sind, muß die neue Regierung diese Notverordnungen eben respektieren, denn die Aufhebung würde ja verfassungswidrig sein. Dies zu erreichen, war nicht leicht: fünfmal haben die deutschen Proleten sich in die Vereinsabzeichen, Fahnen, und Papierschachtel stürzen müssen, bis das große Werk vollendet war. Es war schwer, den gesunden Menschenverstand niederzuknüpfeln, die Proleten merkten allzu deutlich, daß hinter den Phrasen steckte und sie rumorten vernünftig. Aber da kamen immer wieder die „Revolutionäre“ von der KPD, um mit aufgekämpelten Ärmeln und mit gefeindlichen Mäulern gegen die „Wahlmüdigkeit“ zu „kämpfen“. Vier „siegreiche“ Schlachten haben wir hinter uns, die fünfte steht bevor. — Das Proletariat verreckt stumm und schimpflich.

Was die Papenregierung im Auftrage der Profitschänder und im Namen Gottes dem Proletariat bis zum 6. November beschert, hinterläßt sie als „Erbe“ dem Revolution oder verreckt! Und wieder steht dann die Frage, nicht für die Angestellten der Wahlvereine und Gewerkschaften. Sieht man dieser Frage nichtern auf den Grund, ist es nicht schwer, die Antwort zu finden, was wohl die Leute mit den drei Pfeilen machen werden. Revolution? Diese feigen, beschränkten Kretins Revolution? Die gehen natürlich hundertmal eher mit Hitler und Hindenburg und „nationaler Konzentration“, nicht nur das: einige Posten werden dann wieder als „Ernennungsgeschäft“ angepriesen, Es geht ja schon los mit den Ernennungsgeschäften. Die fortgezte Preußenregierung darf sich weiter Preußenregierung nennen und bekommt ihr Gehalt weiter. Die KPD, das muß man sagen, hat sich brav geschlagen für die Barone, obgleich sie mit einem Rosenmalkorb herumläuft und getreten und geschüttelt wird nach allen Regeln der Kunst. Ohne die Wahlaktivität der KPD wäre der Bourgeoisie der saubere Plan, das Proletariat derart auf den Magen zu prügeln und es von einer Wahlschlacht in die andere zu hetzen, damit es sich nicht ernsthaft zur Wehr setzt, niemals gelungen. Aber die Offensivfähigkeit dieser stillen Koalition mit der Bourgeoisie kann kein noch so lautes Wahlschrei hinwegtäuschen. Die einzige Möglichkeit, die Manöver der Bourgeoisie zu entlarven und zu durchkreuzen, müßte sein, den Kampf gegen diese Manöver aufzunehmen durch den Wahlboykott, noch dazu, wo der deutsche Reichstag nichts anders ist, als ein Broterwerb für Leute, die das Proletariat heraufschäufeln zu belügen haben, wie sie unliesbare Gäste hinausjagt werden, wenn es den Broterwerb paßt.

„Doch der harnäckige „revolutionäre Parlamentarismus“ der KPD ist leicht erklärbar. Er hängt eng mit dem „Belangen“ des „sozialistischen Aufbaues“ in Rußland zusammen. Die Russen wollen, daß in Deutschland Ordnung herrscht, damit sie Geschäfte mit der Ordnungsgewalt machen können. Das Proletariat ist ihnen gut genug: „Hoch die Sowjet-Union!“ zu brüllen. Man beachte nur, wie Rußland, während die einzelnen Sektionen mit dem Maul dem japanischen Imperialismus den Krieg erklären — mit dem japanischen Imperialismus friedlich, schließlich verhandelt und nun einen „Antikriegspakt“, d. h. ein politisch-militärisches Bündnis abschließt, und die japanischen Truppen in China die Proleten zu Hunderttausenden umbrachten und noch umbringen. Zu dieser Schwarzkunst der bürgerlichen Diplomatie gehört auch der „revolutionäre Parlamentarismus“. Die zweite Wurzel ist das Ruhebedürfnis der Parlamentarier selbst. Hier verlängern sich die Belange des „bodenständigen“ Reformismus mit der russischen Taktik, die Tradition der Oktoberrevolution für den heutigen, konterrevolutionären Kurs zu verwerten. Alles ist in konfuser Ordnung!

Der Reichskanzler von Papen hat in seiner Rede, die er am 16. Oktober vor den Vertretern der Westdeutschen Wirtschaft in Paderborn hielt, die von ihm durchgeführte Wirtschaftspolitik als den göttlichen Gesetzen entspringend bezeichnet. Nach diesen göttlichen Gesetzen, für die die Reichsregierung anscheinend von Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, das Monopol und die reine Empfänger erhalten hat, wird das deutsche Volk in Zukunft erzieht. Durch diese Vermittlung des göttlichen Gesandten auf Erden, des Herrn von Papen, haben wir die Berechtigung, uns als das von Gott auserwählte Volk zu bezeichnen. — Es kann doch nicht anstehen, daß der deutsche Gott, das deutsche Volk mit Papen den herrlichen Zeiten entgegen führen wird. Die Spuren dieses göttlichen Rechts und wie Gott die deutsche Wirtschaft gestaltet, hat Papen in seinen Reden in München und Paderborn dem mehr oder minder lässigen deutschen Volk offenbart.

Das Programm der Papenregierung ist in einzelnen Thesen von dem Vertreter des dt. Gottes auf Erden niedergelegt. Als oberster Leitsatz hat sich die Papenregierung das Wort von „Arbeit und Brot“ verschrieben. Wie Arbeit und Brot geschaffen werden sollen, ist selbstverständlich nur durch die von Herrn Papen gegebene Patentlösung möglich. Da der deutsche Gott sich dem deutschen Nationalismus verschrieben hat, ist selbstverständlich, mit ihm allein geht es vorwärts für Gott, König und Vaterland. Vor allen Dingen kann Arbeit und Brot nur durch den „nationalen Freiheitskampf“ geschaffen werden. „Die Heiligt des Reiches in seiner Weltgeltung, die Herstellung der vollen Souveränität der Freiheit und Gleichberechtigung eines großen Kulturvolkes ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung.“ Mit diesem heiligtvollen Ziel ist gleichzeitig der imperialistische Charakter der Politik des deutschen Kapitals umrissen. Diese Worte sind nur eine wenig verbesserte im neudeutschen Pathos abgerundete Umschreibung des von Wilhelm geprägten Wortes „Deutschland in der Welt voran“. Das deutsche Kapital hat den von ihm gegen das Entente-Kapital eingeleiteten Wirtschaftskrieg verloren. Es ist dabei aus der weltwirtschaftlichen Verpflichtung in erheblichem Umfang abgelöst. Es bezahlt weder Reparationen, noch die Zinsen für seine Kredite, noch die Kredite selbst. Der Kapitalimport nach Deutschland hat vollkommen aufgehört. Es handelt sich jetzt nur noch für das ausländische Kapital darum, die Kredite und die Zinsen soweit als irgend möglich durch weitere Warenbestellungen herbei zu holen und auf diese Weise, die durch die deutsche Zahlungseinstellung herbeigeführten Verluste zu verringern. Die Sahanke für die Verwirklichung dieses Zieles ist einmal die fehlende Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes und der Widerstand des deutschen Kapitals gegen den von den Gläubigern forcierten Ausverkauf der deutschen Wirtschaft. Das deutsche Kapital verlangt neue Kredite und neue Rohstofflieferungen, wenn es mit Fertigwaren zahlen soll. Gerade vor diesem Neuinvestitionen schreckt aber das ausländische Kapital zurück, weil es fürchtet, daß es dieses Geld ebensover zurückhalten wird, wie die bisher Deutschland zugehenden Kredite. Der Effekt ist, daß das deutsche Kapital sich in eine immer stärkere Isolierung hineinmanövriert hat. Seine industrielle Produktion geht immer weiter zurück, ein Werk nach dem anderen wird stillgelegt, die Produktion sinkt immer weiter vorwärts, sondern läßt sich im „Namen des Sozialismus“ mißbrauchen, seinen Henkern die Herrschaft zu verlängern. Nie war klarer sichtbar als heute, daß der revolutionäre Aufstand gegen die bankrotte imperialistische Ordnung von den Arbeitern in den Betrieben selbst organisiert, gegen alle parlamentarischen Parteien durchgeführt werden muß und die revolutionäre Partei nur dann fähig ist, Hebel der Revolution zu werden, wenn sie ihre ganze Kraft dieser Aufgabe widmet. Denn trotz allen Verrats hört das Krachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs nicht auf, alle blechernen Wahlpfaffen zu überbrücken und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der proletarische Riese kann unversehens durch eine unbefohlene Wendung seine Fesseln sprengen. Dann gilt es, die Quittung beizubringen für Weimar.

Nur das Proletariat kommt nicht nur keinen Schritt

Die Republik Mandchukuo und der Völkerbund

Die japanische Regierung hat den neuen Staat Mandchukuo anerkannt. Nach der dazu gegebenen Begründung ist Mandchukuo das Produkt einer starken Unabhängigkeitsbewegung in der Mandschurei; die von den Bewohnern des Landes getragen wurde. Die Anerkennung des neuen Staates sei notwendig, weil eine Teilung des mandschurischen Problems die Wirren in China nur noch verschlimmern müßte. Weder der Völkerbund, noch irgendein Vertrag verbiete die Unabhängigkeitserklärung dieses Landes, und da es außerdem eine ordnungsgemäße Regierung habe, so vollziehe Japan mit der Anerkennung tatsächlich nur einen Schritt zur Sicherung des Friedens in Ostasien. Man muß es dem japanischen Imperialismus lassen, daß er sich als geistiger Schüler der alten imperialistischen Räuber erweist. Er hat die Methoden der englischen und amerikanischen Kapitalisten zur Unterwerfung und Ausbeutung anderer Völker sehr gründlich studiert und nun praktisch angewandt.

In der Mandschurei, einem Gebiet, das beinahe noch einmal so groß ist wie Deutschland, und in dem rund 30 Millionen Menschen wohnen, hat es, bevor die japanischen Truppen das Land besetzten, keinerlei „Unabhängigkeitsbewegung“ gegeben. Wohl aber griffen die Japaner mit großen Truppenmassen an, vor denen das chinesische Militär zurückwich. Die chinesische Regierung hoffte, daß die Mächte des Völkerbundes, dessen Statut Japan mit seinem Vorhaben zweifellos scheinbar hatte, eingreifen und China zum Recht verhelfen würden. Aber während China vergeblich auf diese Aktion hoffte, überzogen die Japaner die ganze Mandschurei, benutzten dazu mit dem Einverständnis Rußlands die russisch-chinesische Bahn und brachten somit das ganze Land in ihren Besitz. Sie bezahlten „chinesische Banden“, die ihnen ungefährlich waren, die aber für Beunruhigung und „Ueberfälle“ sorgen mußten, denn Japan wollte ja nur zum Schutze der „Ordnung“ in der Mandschurei sein und bleiben. Daneben setzten sie natürlich unbekannt mit ihnen willfährige Kreaturen ein. Damit aber auch nichts fehle, importierten sie den von zwanzig Jahren abgesetzten Kaiser von China, dem die Japaner, um ihn gelegentlich für ihre imperialistischen Pläne gebrauchen zu können, seit Jahren eine Rente zahlen, nach der Mandschurei und ernannten ihn zum Präsidenten der Republik Mandchukuo, deren „Selbständigkeit“ vorher unter dem Schutze der japanischen Botsnetze ausgesprochen wurde.

Dieser Präsident Puu, der im 29. Lebensjahre steht, wurde im Alter von 3 Jahren Kaiser von China. Mit 7 Jahren, nach Ausbruch der chinesischen Revolution von 1911, mußte er als letzte Kaiser der Mandchu-Dynastie abdanken. Die neue „unabhängige“ mandschurische Regierung ist in Wirklichkeit eine Strohmännchen-Regierung der Japaner. Die Herren der Mandschurei sind der japanische Imperialismus. Der neue Staat wurde gebildet um die faktische erfolgte Annexion der Mandschurei durch Japan zu verschleiern. Für die Japaner, denen für ihre „Andächtigkeits“ die wichtigsten Rohstoffe fehlen, ist das mandschurische Gebiet wegen seiner Kohle- und Eisenvorkommen von ganz besonderer Bedeutung. Außerdem soll es dienen, die bisherigen Anstrengungen der Vergrößerung der japanischen Reichsgelbes zu bekräftigen. Von den 30 Millionen Einwohnern der Mandschurei sind kaum mehr als 200 000 Japaner. Das Sinne und Trachten der Japaner war eben besonders auf die reichen Bodenschätze des Landes und auf den Absatzmarkt gerichtet, den diese chinesischen Massen für die japanischen Industriewaren abgeben würden. Auf die Kohstoffe, außer reichem Bodenschätze des Landes und auf den Absatzmarkt wehren, daß zwischen Japan und der Sowjetunion ein gewisses Einverständnis in der Frage der japanischen Politik in der Mandschurei erzielt sein müsse. Die sehr vorsichtige operative Moskauer Presse läßt sehr stark darauf schließen. Japan, das nun infolge der Aufstände mit neuen Truppenkontingenten innerhalb seines Landes in einer schwierigen Lage. Die Tätigkeit der revolutionären Elemente innerhalb der japanischen Arbeiterschaft hat sich gewaltig gesteigert. Die ungesetzlichen Verfolgungen gegen das revolutionäre Proletariat, das Rasen des weißen Terrors geben eine bereite Sprache. 191 kommunistische Arbeiter sind in diesen Tagen in Tokio zu den schwersten Strafen verurteilt worden. 20 sind infolge der Gefängnisqualen bereits erloschen. 6 sind irrsinnig geworden, andere infolge der erlittenen Foltern schwer erkrankt. Ueber 1000 Jahre Zuchtunsa und Zwangsarbeit würden verhängt, einige Arbeiter zum Tode verurteilt. Alle Kundgebungen, Zeltlager, die sich gegen die mandschurische Gewaltpolitik wenden, werden verboten, die Gefängnisse sind überfüllt, revolutionäre Arbeiter werden am hellen Tage auf offener Straße lyncht. Die Arbeiterschaft hat sich gewaltig gesteigert. Japan. Nur infolge der rücksichtslosen Militärdiktatur ist es Japan gelungen, die „Ordnung“ bisher aufrecht zu erhalten. Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise hat ein Stadium erreicht, das für den internationalen Weltkrieg eine Entladung bringen kann. Für das internationale Proletariat gilt es diese Tendenz zu erkennen und sich seiner Aufgabe bewußt zu machen.

Der Bankrott in Oesterreich

Als die Bank von England den Goldstandard aufgab und den Wert des Pfundes herabsetzte, um auf diese einfache Weise allen Lohn-, Gehalts- und Wollfahrtsempfängern einen Teil ihres Einkommens zu stehlen, bekamen die politischen Vertreter der Milch- und Weinbauern zwischen Brescia und Geringe den Ehrgeiz, es den endlichen Bankiers in der Verwässerung des Geldes mindestens gleich zu tun. Bei Heller und Pfennig deckte der Staat die Diebereien der Kredit-Anstalts-Direktoren; die Nationalbank gab ihr ganzes Wechselportefeuille her und ließ den Schilling absichtlich sinken. Um noch einen Extraprofit einzustrecken, monopolisierte sie durch eine lückenlose Devisensperre den ganzen Zahlungsverkehr für sich so daß sie ausländische Zahlungsmittel zum alten niedrigen Kurs kaufen und zum neuen hohen Kurs verkaufen konnte. Der einzige Vorteil der Inflation, durch Verbilligung des Geldes und damit der Preise die Industrie für eine Zeitlang exportfähiger zu machen, ging dadurch ebenfalls flöten; die Devisensperre erstickte den Außenhandel vollständig, verhinderte jeden Export und hatte ein ziviles Ansteigen der Arbeitslosigkeit zur Folge. So einfach wie Weinbauern ist das Geldverwässern eben doch nicht. Die Industrieviertel in der österreichischen Provinz sind völlig abgestorben, ganze Gebiete sind arbeitslos und ausgestorben, es herrscht ein Elend, von welchem nichts einen Begriff geben kann. Hin und wieder, wenn die Notschreie zu lauthörbar werden, macht man Wohlthatigkeitsaktionen, verhängenden Kindern werden zum Anhalten ein paar Wochen bei Wiener Familien untergebracht, dann schiekt man sie wieder hinaus in den Hungertod für die Kredit-Anstalt. Im Grunde sind auch diese spärlichen Akzente eine Heuchelei, denn nach dem Willen der Herren sind mehr als 40 Prozent unterzubringen, dürfte schwer möglich sein. Es wird doch nichts anderes übrig bleiben, als an die Stelle der verkrauteten Profitwirtschaft die kommunistische Bedarfsproduktion zu setzen, Grund und Boden, Nahrungsmittel und Maschinen sind da, nur das Gehirn in den Schädeln der Sklaven ist nicht da. Allein mit den Weintrauben, die zu „Henkeisen“ versauert werden, mit dem Korn und den Kartoffeln, aus denen Spirit gemacht wird, könnte man alle Hausfrauen satt machen, dem steht nichts entgegen als das Interesse an der Kreditaktive und die Eifersucht der Verhungerten, sich an den Phrasen Otto Bauer zu sättigen. Die Bauern nehmen das Obst nicht mehr von den Bäumen und lassen es zurundecken, so billig ist es; die „Kampfsagen“ der Sozialdemokratie und ihre politische „Schulungsarbeit“ sind aber noch billiger und so bleibt alles beim Alten.

Was geschieht also mit der Währung. Die Devisensperre hat Handel und Wandel vollständig lahmgelegt, ein großer Teil

der Kaufleute ist dadurch in eine Lage geraten, die jener der Arbeitslosen höchst verwandt ist; und die Dinge sind so weit gediehen, daß bereits eine Demonstration von zehntausend Kaufleuten über die Ringstraße marschiert ist, um eine Änderung des rein-arbeitslosenmarktlichen Reaktionskurses, die Aufhebung der Devisensperre usw. zu fordern. Da muß also was z'sehen. Alles überhöht, trompetet die Sozialdemokratie, die sich großtun auf die Gewerkschaften stützt, nach der Aufhebung der Sperre und Stabilisierung des Schillings zum jetzigen, gesunkenen Kurs. Da die Preise außerdem noch durch neue Steuern und Zölle steigen, bedeutet diese inflationäre Maßnahme nichts anderes, als daß sämtliche Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsempfänger gleichermaßen mindestens ein Drittel ihres Reallohnens verlieren. Um sich ein Bild zu machen, muß man wissen, daß dieses Einkommen bei einem Arbeitenden im Durchschnitt hundert Schilling, bei einem Sozialrentner sechs bis acht Schilling im Monat beträgt, nach dem neuen Kurs also 50 bzw. 30 Mark. Mit Umgehung der zwerckschaftlichen Kämpfe auf dem Weg der Inflation gewaltsam die Löhne vermindern, um den Kapitalisten zu helfen, das ist die letzte Weisheit des Reformismus!

Wohin, Arbeiter? Wie lange wollt ihr noch den ordinären Agenten der Bourgeoisie, die sich eure freigewählten und beehrten Führer nennen, die etwas reichlichen Privilegien aus eurem Blutgeld bezahlen? Welche „Erfahrungen“ wollt ihr noch sammeln? Wie lange wollt ihr noch auf das nächste Mal warten, wo sie es ihnen zeigen werden“, wie sie das seit dem Jahre 1918 tausendmal versprochen haben.

Die großen oder mindestens dicken Führer, deren breiter Arsch der Schuld ist, mit dem sie alle Hebe parieren, verlassen das Kampffeld des „Einkommens“ noch vor dem Kampf, in ihren stützenden Gedanken wählend. Wie bringe ich mein Salechen ins Trockne, wie rette ich meine Pension, wozu war ich zwanzig Jahre lang ein klassenverräterischer Schwein?

Wie steht das Proletariat da, was ist aus dem Riesen geworden, dem die Sozialparasiten jahrzehntlang das blutige ererbte Geld und Kostbares noch: den revolutionären Kampfgeist, das Mark der ehrlichen proletarischen Gesinnung aus den Knochen gesogen haben?

Soll das Proletariat, betäubt und wehrlos gemacht durch die betöhlenden demokratischen Phrasen, an seiner Sache verzweifeln, wirklich den langen Messern des Faschismus zum Opfer fallen? Kann die Arbeiterklasse denn nur aus handgreiflicher Erfahrung lernen, müssen erst Jahrzehnte faschistischer untermenschlischer Barbarei über sie hinwegziehen, ehe sie den alten, ihr ausgetriebenen revolutionären Impuls wiedergewinnt? Die Erfahrungen sollten doch ausreichend sein, der Verrat kräftig genug, um selbst die frömmsten Parteidicke zum endgültigen Buch mit den Leihhameln zu bewegen! Warum verlassen sie nicht die Sozialdemokratie?

Die Bourgeoisie hat es ganz ihr Gott sorgt für sie, sie hat schon eine zweite „proletarische“ Partei in der Reserve! Die Filialen des russischen Händlerkommunismus in allen Ländern der Welt: „revolutionär“ dort, wo es keine Kredite für ihn gibt und ein imperialistisches Zusammengehen mit dem „Arbeiter-vaterland“; staatsbehaltend und mit dem Faschismus kokettierend in allen verbündeten Ländern, deren „Wehrwille“ gefördert werden muß. Diese schandenhabende „kommunistische“ sogenannte Parteien, sorgen dafür, dem Proletariat die alte „völkerebefreiende“ womöglich noch als den Hort proletarischer Rechlichkeit erscheinen zu lassen! Die Sozialdemokraten sind wenigstens verlogene Pazifisten, die „Kommunisten“ aber ehrliche nationale Imperialisten. Am ersten Mai versammelten sich die KPOe. vor der Volkirche und rief im Sprachrohr: Es lebe Sowjetrußland, Sowjetrußland, Sowjetrußland! So oft ein Führer versucht hat, die Partei für die Klasseninteressen der österreichischen Arbeiter und nicht der russischen Bauern einzusetzen, ja so oft ein Führer überhaupt sich nur fähig gezeigt hat, noch etwas anderes zu denken, als die auswendig gelernten Handelsvertragsproben herunterzuleiern, ist er augenblicklich ausgeschlossen worden, kaltgestellt worden. So wurden im Laufe der Jahre beseitigt: Wertheim, Koritschauer, Strasser, Ziegler, Frey, Schlamm, ein endlose Reihe von „Rechten“, „Linken“ und als Letzter der Gründer der Partei, Tomasi. Ueberall gebühend ist beschreiblich nichts als die Handelsvertrags. Wenn es nichts mehr zu handeln gibt, liquidiert sich der Rest der Partei, und aus diesen Umständen erklärt es sich, weshalb die österreichischen Arbeiter lieber noch in der Kneke der Sozialdemokratie verbleiben. Aber noch ist nicht aller Tage „Abend“ und „Arbeiter-Zeitung“, die Geschichte bleibt nicht stehen, auch der konterrevolutionäre Boden wird revolutionär und der vergaltete, betäubte Riese wird sich erheben!

Aus den Bezirken

Mainz

Wie man die Opposition mundtot machen will und sie der Klassenjustiz ausliefert.

Oppositionelle Genossen der KP-Ortsgruppe Mainz senden uns folgende Zuschrift:

In Mainz war seit längerer Zeit der Gen. P. Fischer aus Bulgarien, ehemals Mitglied des Z.K. der Bulg. Komm. Partei, der wegen illegaler revolutionärer Tätigkeit Bulgarien verlassen mußte, anwesend. Gen. F. sprach in einigen Diskussionsabenden und Wochenendkursen. Er behandelte vorwiegend die Geschichte der Bolschewiki und die der russischen Revolution und bewies damit ein überaus reiches Wissen, was ihn hauptsächlich über die lokalen „Liniengänger“ der KP stellte. Wie des öfteren waren die Linientreuen in großer Verlegenheit, denn eine Erstarkung der Opposition würde das gänzliche Erlöschen faktisch, jedoch verlangte die Entscheidung eines Spitzels in Form eines elenden Kriechers, der sich schon des öfteren durch „Fügung unter die Beschlüsse“ die Linie bewahrte. Das Produkt dieser perfiden Handlung war ein Artikel in der „Arbeiterzeitung“ vom 14. Oktober 1933 Nr. 226, wo man Gen. F. als Konterrevolutionär, Agent der Bourgeoisie, als Saboteur, der immer noch gesuchten, und von der KP. verhinderten Einheitsfront, der kampfgewilligen Massen bezeichnete. Der Gipfel bildete jedoch die offene Proklamation seiner bulgarischen Namens, was die Schergen der Klassenjustiz veranlaßte, eine Stunde nach Erscheinen des Blattes Gen. F. zu verhaften. Die Solidarität einiger Gen. machte den Anschlag der Klassenjustiz zunichte. Mit Inanspruchnahme der so erhaltenen bürgerlichen Klassenjustiz und dem Terror will man versuchen, die Opposition mundtot zu machen. Allein es wird den Strategen von Thälmanns Gnaden nicht gelingen. Den rev. Arbeiter zibt es heute schon zu denken, sie kehren dem Laden, der zu keiner Aktion fähigen Bürokratenklüge den Rücken und treten offen bekennend in die Reihen der Opposition, die Reihen des antiparlamentarisch wahrhaft kämpfenden Proletariats.

Mainz-Wiesbaden

Leser der FAZ und sympathisierende Genossen geben Ihre Anschrift zwecks Zusammenkunft und Durchführung von Aussprache-Abenden an:

Gen. Hans Schmidt, Mainz, Heringsbrunnengasse 8 p.
Gen. Erwin Borgässer, Mainz, Römerplatz 36.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: E. Hackbarth, Berlin-Lichtenberg. — Druck: Druckerei für Arbeiterliteratur Willy Isidorow, Berlin O 17, Lange Str. 73.